

**HEUTE MIT: Birte Wachtendorf (45) | Grüne | Geografin**

**Wohnort: Hude | Wahlkreis Oldenburg-Land**

Bis kurz vor der Landtagswahl am 20. Januar präsentiert das dk täglich mindestens einen Fragebogen, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten politische und persönliche Fragen beantworten. Am Samstag, 19. Januar, können unsere Leserinnen und Leser die politischen Statements dann noch einmal in einer doppelseitigen Übersicht miteinander vergleichen.

Von Magdalena Hilgefert und Martin Teschke



**Von welchen Ihrer bisherigen politischen Leistungen werden Sie noch Ihren Enkeln erzählen können?**

Ich hatte 2010 in Hude den Antrag auf Durchführung einer Bürgerbefragung zum Thema Tunnel K 226 eingebracht. Die Politik scheute die Entscheidung, ein runder Tisch sollte offene Frage klären. Ergebnis: Bürgerbefragung sinnvoll. Dieser demokratische Prozess war für alle wichtig und richtig. Das Ergebnis der 2011 erfolgten Bürgerbefragung war zum Glück eindeutig. Jetzt müssen Taten folgen.

**Mal ehrlich: Was wäre Ihnen im politischen Leben besser nicht passiert?**

Seit 1996 bin ich für die Grünen tätig und seit 2001 im Huder Gemeinderat. Zum Glück fällt mir auf diese Frage keine Antwort ein. Alle Entscheidungen waren bisher für mich und mein politisches Umfeld tragbar.

**Wie wollen Sie verhindern, dass wir Bürgerinnen und Bürger am Ende allein auf den Nebenkosten der Energiewende sitzen bleiben?**

Die großen Energiekonzerne müssen stärker in die Pflicht genommen werden. Bisher haben sie massiv durch die langjährige Subventionspolitik der Atomenergie profitiert und zu wenig in zum Beispiel den Netzausbau investiert. Das muss von ihnen nachgeholt werden – und die Kosten dürfen nicht voll auf die Allgemeinheit umgelegt werden.

**Welche Folgen hat die künftige, neue Bundesstraße B 212 für die Region? Was wollen Sie tun, um eine zusätzliche Verkehrsbelastung für die Gemeinden in Ihrem Wahlkreis zu vermeiden?**

Die geplante Anbindung der B 212 an die A 281 (A-Ring Bremen) wird zu einer Veränderung der Verkehrsströme und starken Zunahme des Verkehrs führen. Generell lehnen wir Grünen die B 212 neu deswegen ab. Auch die Planungen zur B 213 durch die dicht besiedelte Gemeinde Ganderkesee sind umgehend einzustellen. Sie bringt nur mehr Verkehr zum mautpflichtig geplanten Wesertunnel, mit fatalen Folgen für Mensch und Natur.

**Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. Sind Sie für**

**den Mindestlohn, um soziale Härten abzufedern?**

Ja, der Mindestlohn ist wichtig. Wir Grünen fordern aktuell 8,50 Euro sowie regelmäßige Anpassungen. Es kann nicht sein, dass Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können. Gerade Frauen befinden sich überdurchschnittlich oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Dadurch steigt das Armutsrisiko. Auch Altersarmut ist ein wichtiges Thema und muss endlich energisch angegangen werden.

**Die Eurokrise drückt auf die Konjunktur. Wie wollen Sie die Betriebe vor Ort fit machen?**

Bei der energetischen Gebäudesanierung zieht jeder Euro aus öffentlichen Mitteln sieben bis acht Euro zusätzliche private Investitionen mit sich. Wir Grüne wollen durch Förderkriterien und Klimaschutzstandards die Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit zukunftsgerechte Umbauten vor Ort forciert werden.

**Jeder schimpft auf das Bildungssystem. Sie auch?**

Ja, es gab viel Unruhe und Kehrtwendungen in der Bildungspolitik. Dabei wurde verkannt, dass langes gemeinsames Lernen eine wesentliche Grundlage für gute Bildung ist. Stattdessen wird zu früh selektiert und das mehrgliedrige Schulsystem zementiert. Viele Kinder bleiben auf der Strecke, was wir uns nicht leisten können. Die Weichen müssen grundlegend aber mit Ruhe und Bedacht geändert werden.

**Angerechnet in Niedersachsen schrumpft die Bevölkerung im westdeutschen Vergleich am stärksten. Wie wollen Sie den Niedersachsen wieder Lust auf Kinder machen?**

Wir müssen den Familien verlässliche, qualitativ gute und bezahlbare Kinderbetreuungsmodelle sowie ein arbeitspolitisches Umfeld bieten, so dass die Familien Kinder und Beruf besser vereinbaren können. Dazu gehört neben ausreichenden Krippen-, Kita-Plätzen und Ganztagschulen auch der bedarfsgerechte Ausbau von Horten. Wahlversprechen à la CDU sind angesichts leerer Kassen unverantwortlich (Bezuschussung von Kinderwunschbehandlungen).

**Niedersachsens Krankenhäuser leiden unter hohem Kostendruck. Müssen wir Patienten künftig längere Wege einplanen?**

Längere Wege ist das eine, längere Wartezeiten das andere. Wie überall müssen sicher auch hier Kosten gesenkt werden. Das darf aber nicht zu Lasten der Versorgung oder der Arbeitsbedingungen gehen. Die Arbeitsverdichtung wird auch in diesem Bereich immer größer und geht zu Lasten der Gesundheit der Mitarbeiter und Patienten. Das ist mit Sicherheit der falsche Weg.

**Was wollen Sie tun, um die enorm wachsende Zahl von Biogasanlagen und Stallbauten in Ganderkesee und im Landkreis einzudämmen?**

Hier ist die politische und gesellschaftliche Diskussion zum Glück in vollem Gang. Gemeinden können selber aktiv werden und zum Beispiel ihr Einvernehmen für neue Bauvorhaben nicht erteilen oder eigene politische Planungswege beschreiten. Auf Landesebene muss die Förderpolitik endlich nach Umweltschutz- und Tierschutzrichtlinien ausgerichtet werden.

**Es gibt so viele Berufe, in denen man etwas für die Menschen bewegen kann. Warum muss es denn ausgerechnet die Politik sein?**

Es muss nicht Politik sein – Engagement ist in vielen Bereichen gut und wichtig. Aber in der Politik werden Weichen für die Zukunft gestellt und für fast alle Lebensbereiche. Ich will mich dafür einsetzen, dass wir in Niedersachsen die Weichen in Richtung ökologische und sozial gerechte Politik stellen. Für eine Gesellschaft ohne Barrieren und eine Politik mit Augenmaß.

**Wie lautet Ihr wichtigstes Wahlversprechen? Und wer soll das bezahlen?**

Mein Ziel ist eine vielfältige, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung statt industrieller Landwirtschaft – und längeres gemeinsames Lernen in inklusiven Schule. Die Ausgaben müssen umstrukturiert werden. Neue Straßenbauprojekte, Wirtschaftsförderungen sowie Agrarsubventionen zum Beispiel für Mega-Schlachthöfe sowie Massentierhaltung gehören geprüft beziehungsweise abgeschaft.